WUG - Spedition GmbH · Birkenallee 135 · D-26871 Papenburg

Fürst Transporte GmbH
Kurze str. 2
D 31832 Springe**Geschäftsführer:**
Sergej Wulfert
Birkenallee 135
26871 Papenburg
Te.: 04961-9908437

Herr Wulfert

eMail info@spedition-wug.de

Transportauftrag14506

30.01.2025

Sie übernehmen in unserem Auftrag nachfolgenden Transport:

Ladedatum / Zeit Freitag 31.01.2025
Auftrags-Nr 250100114**1. Ladestelle(n)** **Lübke GmbH**
Wittensand 8
D - 49696 Ermke

Termin 31.1.25 / 7-14 Uhr

Bemerkungen Laden im Auftrag WUG Spedition mit Ladereferenz: M1001688
Ware auf EU/IPP-Paletten / seitliche Beladung / 24 - 25 To. / ausreichend
Ladungssicherungsmittel**1. Entladestelle** **Edeka Logistik Service GmbH O&G Lauenau**
Peugeotstraße 1
D - 31867 Lauenau

Termin 3.2.25 / FIX 6 Uhr

Bemerkungen Anlieferung mit Referenz: 947110 Blumenerde 35L / 30 IPP/IPP Paletten.
Bei Rampenentladung: Fahrer entlädt seinen Auflieger (bekommt Elek. Hubwagen gestellt)
Melden Sie den Status mit unserer Transportauftragsnummer (TA) an diese
E-Mail-Adresse:
status@spedition-wug.de**Frachtpreis: 450,00 EUR plus MwSt.**

Zahlung 45 Tage

Frachtvereinbarung inklusive aller Nebenkosten und Wartezeiten.

Das oben genannte Zahlungsziel erfolgt gemäß Absprache und Vereinbarung oder zum Ende des jeweiligen Folgemonats ab dem Eingang aller original Frachtpapiere und Ihrer Originalrechnung.

Etwaige auftretende Kosten durch Haftbarhaltungen, fehlende Ablieferbelege, Fehlverhalten oder fehlenden Palettenausgleich behalten wir uns vor, jeweilig in Abzug oder Verrechnung zu bringen.

Frachtpapiere und Rechnun sind spätestens 7 Tage (Werktagen) nach Transportende im Original bei uns einzureichen oder auch als PDF-Datei (je Einzelne Rechnug und Ablieferbelege) per E-Mail möglich: iv-re@spedition-wug.de - ab dem 8. Tag (Werktag) behalten wir uns eine Frachtkürzung in Höhe von **30.- Euro** vor.Nach **Beladungsende** und nach vollständiger **Entladung** senden Sie bitte eine **Statusmeldung per email** unter Angabe der **Transportauftragsnummer (TA)** an status@spedition-wug.de. Bei fehlender Statusmeldung behalten wir uns vor, eine Frachtkürzung in Höhe von **20.- Euro** vorzunehmen.

Soweit nicht anders vermerkt gilt der Lademitteltausch als grundsätzlich vereinbart und ist auf den Frachtpapieren zu dokumentieren und zu quittieren. Nicht getauschte Lademittel sind binnen 14 Tage an den jeweiligen Beladeort zurückzuführen - bei Nichteinhaltung dieser Frist werden die nicht getauschten Paletten mit einem Stückpreis von EU Paletten 20,00 Euro, DD Paletten 15,00 Euro, H1 80,00 Euro, Gitterboxen 110,00 Euro berechnet.

Wenn Sie trotz der oben genannten Tauschvereinbarung die Lademittel an der Entladestelle nicht tauschen, jedoch eine Entlastung in Form eines Beleges der Deutschen Paletten Logistik (DPL-Beleges) oder PAKi Pooling (Paki-Schein) einreichen möchten, gilt dieser unter Vorbehalt. Wird dadurch kein Entlastung seitens unseres Mandanten erfolgen, gilt diese Form der Entlastung als nichts (nicht getauscht). Sollten uns etwaige Kosten durch Entlastung in Form eines Beleges der Deutschen Paletten Logistik (DPL-Schein) oder PAKi Pooling (Paki-Schein) seitens unseres Mandanten entstehen, werden wir Ihnen diese Kosten weiter berechnen und behalten uns vor diese in der Höhe der Kosten zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr von 25,- Euro von der Fracht zu kürzen.

Die Bezahlung der Frachtrechnung erfolgt erst, wenn eine etwaige Palettenschuld ausgeglichen ist.

Durch die Übernahme des Transportes bestätigen Sie uns, dass Ihr Unternehmen eine rechtsgültige Frachtversicherung bis zur Höchsthaftung besitzt und die Versicherungsprämien gezahlt worden sind - ebenfalls bestätigen Sie die Einhaltung von Mindestlohnvorschriften.

Kundenschutz gilt als vereinbart. Bei Mißachtung werden wir Schadenersatz in Höhe eines Jahresumsatzes geltend machen.

Der Beförderungsvertrag unterliegt den Bestimmungen der ADSP, in der neuesten Fassung.

Mit der Übernahme dieses Transportauftrages bestätigen Sie gleichzeitig die Einhaltung unserer Beförderungsbedingungen:

Es gelten die allgemeinen Transportvorschriften gemäß HGB §§407-450

Abweichend vom §431 HGB wird gemäß §449 Abs. 2 eine Haftungshöchstgrenze von 40 Rechnungseinheiten für jedes Kilogramm des Rohgewichtes vereinbart.

Dieser Auftrag erfolgt auf Basis der Allgemeinen Transportvorschriften §§407-450 HGB.

Sie haben uns versichert, dass die von Ihnen eingesetzten Fahrzeuge sich in ordnungsgemäßem und technisch einwandfreiem Zustand befinden. Es dürfen nur Fahrzeuge eingesetzt werden für die eine gültige EU-Lizenz und eine bis zur Haftungshöchstgrenze ordnungsgemäß abgeschlossenen und regelmäßig bezahlte Transportversicherung bestehen. Diese Dokumente sind uns in Kopie vorzulegen.

Bei Unfall, Diebstahl oder Schaden, Transportverzögerungen oder Differenzen jeglicher Art sind wir unverzüglich zu informieren. Stückzahlmäßige Kontrolle gilt bei Ladungsübernahme als vereinbart. Nichtgestellung eines Fahrzeugs zum Ladetermin führt zum Kostenübertrag auf den Auftragnehmer für alle dadurch entstehenden Kosten, die zur termingerechten Transportdurchführung erforderlich werden.

Standgeld wird grundsätzlich nur nach Genehmigung akzeptiert und gezahlt.

Gestellte Fahrzeuge müssen grundsätzlich sauber und trocken sein, mindestens 20 Spanngurte, Kantenschoner und Antirutschmatten, bzw. sonstige zur Ladungssicherung benötigten Vor- und Einrichtungen mit sich führen. Soweit sich aus den Umständen oder der Verkehrssitte nicht etwas anderes ergibt, hat der Absender das Gut beförderungssicher zu laden. Der Frachtführer hat die betriebssichere Verladung, sowie für die notwendige Ladungssicherung zu sorgen.

Der Fahrer hat an jeder Be- und Entladestelle die PSA /Sicherheitsschuhe, Warnweste, Handschuhe zu tragen ! Ein Verbandskasten, Wahndreieck usw. gehören zur Fahrzeugausstattung .

Nach §413 HGB...

ist der Frachtführer für den Schaden verantwortlich, der durch Verlust oder Beschädigung der ihm übergebenen Urkunden und deren Verwendung entsteht, es sei denn, dass der Verlust, die Beschädigung oder die unrichtige Verwendung auf Umständen beruht, die der Frachtführer nachweislich nicht vermeiden kann und deren Folgen unamwendbar sind. Seine Haftung ist jedoch auf den Betrag begrenzt, der bei Verlust des Gutes zu zahlen wäre.

Als Auftragnehmer sind Sie verpflichtet kein illegales Fahrpersonal einzusetzen. Der Transportauftrag gilt erst als abgeschlossen, wenn sämtliche für diesen Transport anfallende Originalbelege vollständig und quittiert bei uns vorliegen.

Mit Annahme des Transportauftrages sind Sie verpflichtet tauschfähige Ladehilfsmittel unverzüglich 1:1 zu tauschen. Dieser Lademitteltausch gilt als alleinige Obliegenheit des Frachtführers. Lademittelbewegungen sind an der jeweiligen Be- und Entladestelle mit dem Vermerk "Im Auftrag WUG-Spedition" zu bestätigen und zu dokumentieren. Oben im Auftrag angegebene Vorschriften gelten somit als vereinbart.

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass wir nicht Eigentümer der transportierten Güter sind und das der Absender des jeweiligen Gutes mit der Entstehung eines Pfandrechtes an dem Gut nicht einverstanden ist. Dem Auftragnehmer steht an dem transportierten Gut kein Zurückhaltungsrecht zu. Die Entstehung eines Pfandrechtes ist ausgeschlossen.

Werden die in diesem Transportauftrag genannten Bestimmungen nicht eingehalten, erheben wir eine Aufwandspauschale von 35.- Euro je

Transport neu definiert...

Geschäftsführer:
Sergej Wulfert
Birkenallee 135
26871 Papenburg
Te.: 04961-9908437

Transportauftrag 14506 Datum 30.01.2025 Seite: 3

Sendung.

Ich habe diese Anordnung zur Kenntnis genommen und bestätige den Transportauftrag.

LKW-Kennzeichen: _____ / _____

Fahrer: _____ (wenn erforderlich oder benötigt wird)

Tel. / Handy: _____ (wenn erforderlich oder benötigt wird)

Ort / Datum

Unterschrift / Stempel

Bitte per Fax oder E-Mail unterschrieben und bestätigt zurücksenden !!

Dieser Transportauftrag ist innerhalb von 1 Stunde nach Erhalt schriftlich zu bestätigen. Sollte keine Rückbestätigung erfolgen, gelten die oben genannten Punkte als seitens des Auftragsnehmers als akzeptiert.

Grüße aus Papenburg

WUG-Spedition GmbH

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig.

Anhang:

Datenschutzhinweis

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit kommen wir unseren Informationspflichten gemäß der zum 25. Mai 2018 in Kraft tretende EU-Datenschutz-Grundverordnung nach und informieren Sie über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Die Sicherheit aller Geschäftsdaten und der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns generell ein wichtiges Anliegen im Sinne einer vertrauensvollen und dauerhaften Zusammenarbeit.

Ihre personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von Ihnen erhalten haben verarbeiten wir, zur Durchführung der mit Ihnen vereinbarten Leistungen.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten gemäß den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und den jeweiligen nationalen Datenschutzgesetzen.

Ist es aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Leistungserbringung oder zur Pflege der Geschäftsbeziehung notwendig, Ihre Daten zu speichern, erfolgt dies nur im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten unter Berücksichtigung der Datensparsamkeit.

Wir werden Ihre personenbezogenen Daten weder an Dritte verkaufen noch anderweitig vermarkten.

Datenschutzerklärung

I. Allgemeines zur Datenverarbeitung

1. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir erheben und verwenden personenbezogene Daten unserer Nutzer grundsätzlich nur, soweit dies zur Abwicklung unserer Verträge und Ihrer Anfragen erforderlich ist. Nach Erfüllung der vertraglichen Pflichten verarbeiten wir Daten nur nach erteilter Einwilligung. Eine Ausnahme gilt in solchen Fällen, in denen eine vorherige Einholung einer Einwilligung aus tatsächlichen Gründen nicht möglich ist oder die Verarbeitung der Daten durch gesetzliche Vorschriften gestattet ist.

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierbare natürliche Person beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, psychologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser Unternehmen unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Unternehmens oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

3. Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen wir unterliegen, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

II. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

1. Auskunftsrecht

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

2. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben im Rahmen der Vorgaben des Art. 18 DSGVO das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

4. Recht auf Löschung

Sie können unter den Bedingungen des Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO erfüllt sind.

6. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht nach Art. 21 DSGVO jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen.

7. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet haben, können Sie sich mit einer Beschwerde an die zuständige Datenschutzbehörde wenden. Diese wird Ihre Beschwerde prüfen.